Religion Revisited – Frauenrechte und die politische Instrumentalisierung von Religion

Internationale Konferenz vom 5. bis 6. Juni 2009 in Berlin

CHRISTINE HOLIKE

Als Teil des Forschungsprojekts „Religion, Politics and Gender Equality“, das die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) derzeit durchführt, befasste sich die von der Böll-Stiftung ausgerichtete Konferenz mit einem der wohl brennendsten Themen der Zeit.

AktivistInnen, prominente AkademikerInnen und JournalistInnen aus nahezu allen Erdteilen waren angereist, um sich den Kernfragen der Tagung zu widmen: Fragen, wie jene nach der Notwendigkeit einer strikten Trennung von Religion und Politik als Garantin für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit oder solche nach der Einordnung religiöser Bewegungen als Bedrohung oder Verbündete im Kampf für Frauenrechte.

Nach den Einführungsvorträgen von Anne Phillips (London School of Economics) und José Casanova (Georgetown University, Washington) begann der zweite Tag mit einem Vortrag von Deniz Kandiyoti (School of Oriental and African Studies, University of London). Im Anschluss daran setzte sich eine Reihe von Workshops mit jeweils unterschiedlichen Facetten des übergeordneten Themas auseinander. Während Phillips betonte, dass im Nachdenken über Religion, Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit die Anerkennung der Zentralität individueller Rechte und die Vielzahl der Probleme, die in ihrer Interpretation und Implementierung in Erscheinung treten, unabdingbar sei, hielt sich Casanova in punkto Frauenrechte zurück. Vielmehr stellte er den Säkularismus als Garant für Demokratie in Frage und deutete die von ihm diagnostizierte „globale Entprivatisierung der Religion“ als demokratische Chance. Denn, so Casanova, durch diese Rückkehr der Religion in den öffentlichen Raum, erhielten auch die in vielen religiösen Bewegungen vorhandenen progressiven Menschenrechtsdiskurse eine Plattform. Dies habe vielerorts zur Demokratisierung autoritärer Strukturen beigetragen. Dass ebenso das Gegenteil der Fall sein kann, bestritt er nicht. Doch die Antwort auf dieses Paradox liege nicht in der Verbannung der Religion aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre, sondern in ihrer Einbindung, ohne sie normativ in die „politische Gesellschaft oder den demokratischen Staat“ eindringen zu lassen.

Deniz Kandiyoti hingegen konstatierte, dass Säkularismus keine universelle Kategorie sei, und betonte den Zusammenhang zwischen Säkularisierungsdiskursen und Nationenkonzeptionen. Sie zog eine Verbindung zwischen Prozessen der Hegemoniebildung und einer Stoßrichtung islamisch informierter Säkularisierungsdiskurse, die über Narrationen nationaler Zugehörigkeit religiöse Gesetzgebung in das staatliche Rechtssystem zu inkorporieren suchten. Darin werde die Debatte um Frauenrechte

auf Rechte unter der Scharia limitiert. In letzter Konsequenz würde damit Frauen die gleichberechtigte Ausübung der Bürgerrechte abgesprochen.

Immer wieder deutlich zutage trat eine reziproke Vermittlungsschwelle zwischen den theoretischen Perspektiven der Wissenschaften und den Anliegen von AktivistInnen vor Ort. Dies schien nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass eine inhaltliche Einigkeit über eine Reihe von Grundbegriffen vorausgesetzt wurde, die de facto aber nicht existierte. Prägnant vor Augen geführt hatte dies die in der Abschlussdiskussion von Kandiyoti eingeworfene Frage nach den persönlichen Feminismusdefinitionen der Diskutantinnen. So einfach die Frage schien, so vielfältig fielen die Antworten aus. Man könnte es als Fehlgriff der VeranstalterInnen auffassen, nicht von vornherein für mehr Trennschärfe gesorgt zu haben. Andererseits kann gerade dieser Mangel als Ausdruck der Komplexität der Herausforderung betrachtet werden, die das globale Aufkeimen politisch religiöser Kräfte und deren Drängen, bestimmte religiöse Interpretationen als normative Ordnungen einzuführen, darstellt.

In dieser Hinsicht erschienen die Forderungen der pakistanischen Soziologin, Frauenrechtsaktivistin und Mitglied der Organisation Women Living Under Muslim Law (WLUML) Farida Shaheed als richtungweisend. In ihrer Replik auf José Casanova, der die Notwendigkeit einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Einbindung religiöser Kräfte postulierte, mahnte sie zweierlei an. Aus ihrer Sicht müsse erstens klar zwischen religiösen Gruppen und politisch religiösen Kräften unterschieden werden. Zweitens sei genauestens zu beobachten, welche Gruppierungen mit welchen Motiven den Menschenrechtsdiskurs bemühten, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Dass die wenigsten religiösen Kräfte ernsthaft gegen die politische und soziale Partizipation von Frauen seien, solange sie in Form von Wahlrecht oder Lohnarbeit stattfände, stünde außer Frage. Wenn es aber um Sexualität gehe – die Kontrolle über den Frauenkörper und die reproduktive Selbstbestimmung der Frau – würden die meisten religiösen Institutionen nichts mehr von Geschlechtergleichheit hören wollen. Stattdessen griffen sie auf Zweigeschlechtlichkeit basierende Geschlechterkonstruktionen und Definitionen von erlaubter und unerlaubter Sexualität zurück, die als integraler Bestandteil kollektiver Identität aufgefasst würden. Sobald Frauen damit begännen, für sexuelle Selbstbestimmung einzutreten, forderten sie das gesamte soziale System heraus. Insofern müsse, so Shaheed mit Nachdruck, sehr deutlich gemacht werden, wer eigentlich über wessen Menschenrechte redet und mit welcher Absicht. Und last but not least, was mit Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechten eigentlich gemeint sei.

In ihrem Anspruch, den theoretischen wie auch praktischen Herausforderungen des Themas zu begegnen, bot die Tagung zahlreiche richtungweisende Impulse und Anregungen. Gleichzeitig führte sie vor Augen, dass die Diskussion noch lange nicht zu Ende ist. Insofern lohnt es sich, auf die nächste Veranstaltung dieser Art wie auch auf die Ergebnisse des mit der UNRISD durchgeführten Forschungsprojekts gespannt zu sein.

Tagungsprogramm und Dokumentation finden sich unter www.gwi-boell.de